



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

Sonderausgabe

19. Dezember 1949

Diese Ausgabe enthält ausschliesslich Beiträge aus der Sowjetzone. Wir werden solche Sonderausgaben ohne Bindung an einen bestimmten Termin wiederholen. D.Red.

Das Werkzeug des "gesunden Volksempfindens"

Fr. Berlin, im Dezember 1949

Volksdemokratisch einstimmig und ohne Diskussion verabschiedete die sogenannte Volkskammer der Ostzone das "Gesetz über die Errichtung

des Obersten Gerichtshofes und der Obersten Staatsanwaltschaft" der Ostrepublik. Tags darauf tat die sogenannte Länderkammer ein gleiches.

Zuvor war der Gesetzentwurf im Rechtsausschuss "beraten" worden. Dessen Vorsitzender, der Nationaldemokrat Dallmann, kommentierte selbst

die Ausschusserbeit dahingehend, die Klärung von juristischen Fachfragen sei nicht so erstrangig gewesen wie bestimmte andere Aufgaben, zu de-

ren Lösung das Gesetz beitragen sollte. Er sagte auch, welcher Art diese wichtigen Aufgaben seien: "Sicherung und Ausbau unserer demo-

kratischen Errungenschaften" gemäss den Parolen und Wünschen der "Nationalen Front". Die SED war noch deutlicher, sie nahm sogleich Bezug

auf die grossen Schauprozesse in den anderen Volkdemokratien.

Der ostzonale Volksgerichtshof hat unumschränkte Macht und kann noch willkürlicher verfahren als seinerzeit der nationalsozialisti-

sche. Nach Paragraph 6 erstreckt sich seine "Entscheidung in erster und letzter Instanz" auf alle Strafsachen, in denen der Oberste Staats-

anwalt Anklage vor dem Obersten Gericht erhebt. Der Generalstaatsanwalt seinerseits kann nach Paragraph 11 jedes, auch ein schon bei ei-

ner anderen Staatsanwaltschaft schwebendes Strafverfahren an sich ziehen, "wenn er es wegen dessen überragender Bedeutung für erforderlich

hält! Und er kann weiterhin nach Paragraph 12 jede rechtskräftige Entscheidung in Zivil- und Strafsachen kassieren, "wenn die Entscheidung

der Gerechtigkeit gröblich widerspricht".

Mit allem Bedacht sind diese Kautschukformulierungen gewählt worden. Justizminister Fechner sagte dazu: es musste "die Zuständigkeit

in das Ermessen des Generalstaatsanwaltes gestellt werden", weil die Straftatbestände in ihrer Wichtigkeit wechseln könnten, besonders bei "Verbrechen gegen den Bestand des Staates".

Das "gesunde Volksempfinden", diesmal vom Politbüro der SED bestimmt, ist jetzt oberste Richtschnur. Kostproben davon gaben bereits die Schauprozesse gegen ostzonale Bauern und gegen die Textilindustrie von Glauchau/Meerane. Bisher schon war es mehr und mehr üblich geworden, dass die "Volksrichter" ihr Urteil nach den Anweisungen des SED-Kreissekretariates fällten.

Walter Ulbricht hat sozusagen Ausführungsbestimmungen zu dem neuen Gesetz vor Funktionären seiner Partei gegeben. Danach ist ein "Verbrechen gegen den Staat", wenn jemand die Oder-Neisse-Linie nicht als "Friedensgrenze" anerkennt. ("Kriegshetze"). Wer verneint, dass die Ostzone kommunistisch werden kann, wer die Zwangsarbeitslager in Aue nicht gutheisst, wer gegen die Anmassung der Parteien und Ämter in der Zone aufbegehrt, ja, wer auch nur einen Händedruck mit alten politischen Freunden in Westdeutschland tauscht, so weit es sich dabei um Nichtkommunisten handelt - das alles sind Staatsverbrecher. Wer den Wunsch nach freien Wahlen ausspricht, treibt "antidemokratische Propaganda".

Präsident des ostzonalen Volksgerichtshofes wurde Kurt Schumann, aktiver Militärstaatsanwalt unter den Nazis, später in Moskau mehrjährig umgeschult. Er gehört, wie die Mehrzahl der Nationalkomiteeler aus Moskau, der östlichen Nationaldemokratischen Partei an, die ja nur eine andere Auflage der SED ist. Aus der ostzonalen Staatspartei selbst kommen die Vizepräsidentin Dr. Hilde Benjamin und der Generalstaatsanwalt Dr. Ernst Meltzheimer. Die letzteren beiden sind Paten des ostzonalen Volksrichtersystems wie der bisherigen Schauprozesse.

Es gehört keine Phantasie dazu, sich den weiteren Gang der Dinge vorzustellen. Die "Ausmerzungen von Titoisten" und "Saboteuren" wird bald im grossen Masstab beginnen. Zwischen den kürzlichen Resolutionen des Kominform und der Errichtung des zonalen Volksgerichtshofes besteht ein kausaler Zusammenhang.

Zumindest politische Naivität

sp. In Clausthal-Zellerfeld, nicht weit von der sowjetischen Zonengrenze, tagte kürzlich die 4. Ordentliche Delegiertenkonferenz des VDS, der Gesamtorganisation der deutschen Studentenschaft in der Bundesrepublik.

Die Wahl des Tagungsortes hätte symbolisch sein können für den Willen der westdeutschen Studentenschaft zu einer Solidaritätserklärung gegenüber ihren Kommilitonen, die an den unfreien Universitäten der Sowjetzone in einem erbitterten Kampf um die Freiheiten stehen, die den Studenten im Westen bereits als Selbstverständlichkeit erscheinen. In Clausthal-Zellerfeld geschah jedoch genau das Gegenteil.

In der Diskussion wandte sich ein Vertreter der Universität Heidelberg gegen das Bestehen des Referates "Ost" bei der Organisation. Er bezeichnete diese Einrichtung, die sich zur Aufgabe gemacht hat, die aus der Ostzone geflüchteten Studenten zu betreuen, als ein Spionagebüro und ein Zentrum des Widerstandes. Dieser Widerstand sei illegal und abzulehnen, weil er sich gegen eine Besatzungsmacht richte.

Diese politische Instinktlosigkeit, mit der westdeutsche Studenten ihren im Freiheitskampf stehenden Kommilitonen der Sowjetzone in den Rücken gefallen sind, ist erschreckend.

Wenn im Verlaufe dieser Tagung ferner offen ausgesprochen wurde, dass nicht weniger als 1.700 Studenten der Würzburger Universität dem Naheimer Kreis des Professors Noack angehören, und dieser alle 14 Tage in einem eigenen Omnibus mit Studenten der Universität Würzburg Reisen in die Sowjetzone unternimmt, dann sind das nur einige Hinweise auf die Methoden der systematischen kommunistischen Infiltrations- und Zersetzungsversuche im Westen.

Nicht weniger bedenklich ist aber der Beschluss dieser Tagung, in Zukunft mit Universitäten der Sowjetzone offizielle Verbindungen aufzunehmen und diesen gar die Patenschaft anzutragen. Dass diese Verbindung die Anerkennung der nicht frei gewählten und nur unter Terrormaßnahmen zustande gekommenen Studentenvertretung der Sowjetzone bedeutet, scheint den Delegierten nicht klar gewesen zu sein. Es sind äusserst beunruhigende Symptome, die noch einer eingehenden Klärung bedürfen; denn mit diesen Entschliessungen beginnt ein Verrat

an den Zielen der Freiheit, um die in der Sowjetzone die Studentenschaft seit 1945 einen opfervollen Kampf führt. Es ist ein Verrat

an den Opfern dieses Kampfes, ein Verrat an dem Opfer eines Gerhard Natonek, des letzten ordentlich gewählten Studentenvertreters an der

Universität Leipzig, der zu 25 Jahren Zwangsarbeit nach der Sowjetunion transportiert wurde, weil er sich den kommunistischen Absichten widersetzte.

In Clausthal-Zellerfeld ist zumindest ein erschreckender Mangel an politischer Substanz innerhalb der westdeutschen Studentenschaft

offenbar geworden. Zu untersuchen wäre noch die deutlich gewordene Willfährigkeit bestimmter Delegierter zur Erfüllung sowjetzonaler

Wünsche. Damit wird eine Gefahr heraufbeschworen, die über den Kreis der Studentenschaft hinausreicht und daher einer sorgfältigen Beobachtung bedarf.

(b/Bl/1912/2/hs)

Die "rote Hertha"

sp. Hertha Schuster, genannt die "rote Hertha", seit April 1949 Kreisschulrätin in Grimma/Sachsen, ist der Schrecken der Lehrerschaft

ihres Kreises. Es geschieht nichts in den Schulen des Kreises Grimma, was die "rote Hertha" nicht vorher mit den SED-Funktionären im August-Bebel-Haus bis in alle Einzelheiten festgelegt hat. In einer

Schulleitertagung stellte sie die peinliche Frage: "Wieviel der anwesenden Schulleiter sind Mitglied der "Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft?" Von den anwesenden 100 Schulleitern mel-

deten sich nicht einmal soviel, wie die "rote Hertha" an ihren Fingern hätte abzählen können. Sie quittierte mit sauersüßem Lächeln:

"Das nächste Mal kann ich vielleicht mehr oder alle Hände sehen". Dann schliesslich müsse die Erziehung der Kinder und die Beeinflussung

der Dorfbewohner darunter leiden, dass der Lehrer nicht in der Lage sei, ihnen zu "der Erkenntnis zu verhelfen", dass die Sowjet-

union die einzige Macht der Erde sei, die allein für den Frieden ein-

trete.

Mit demselben Elan legt sie sich für "Massenorganisationen" ins Zeug. Während derselben Schulleitertagung rief sie: "Nicht nur Sie,

meine Kolleginnen, sondern auch Ihre Männer gehören in den Demokratischen Frauenbund Deutschlands". Als die Anwesenden ein leichtes

Schmunzeln nicht zu unterdrücken vermochten, berichtigte die "rote Hertha" umso schärfer, "Ich meine natürlich, jede Lehrersfrau gehört

in den DFD".

- 5 -

Juristen weltanschaulich ausgerichtet

sp. Am 1. Februar beginnen an der Verwaltungsakademie in Forst-Zinna, der SED-Schulungsborg für Verwaltungsangestellte, mehrmonatige politische Schulungslehrgänge für Jura-Studenten, die nicht durch die SED oder die anderen kommunistischen Mitläuferparteien für das Studium nominiert worden sind. Dieselbe Schulung, von der jegliches Vorwärtkommen im juristischen Beruf abhängig gemacht wird, soll auch auf Verwaltungsjuristen, die ihr Studium bereits beendet haben, ausgedehnt werden. Auf diese Weise soll allen für den Staatsdienst vorgesehenen Juristen "eine grundlegende Kenntnis der in der Ostzone herrschenden fortschrittlichen Weltanschauung" vermittelt werden. Bei der Auswahl der Kandidaten entscheidet allein die politische Zuverlässigkeit.

*

Montagehäuser für die Sowjetunion

sp. Die Firma Holzbau-AG, Werk Niedersedlitz, hat monatlich 30 schlüsselfertige Montagehäuser zu liefern. Die mit Möbeln, Teppichen usw. eingerichteten Häuser gehen in die Sowjetunion, wo sie als Unterkünfte für Techniker und Ingenieure in den Industriezentren dienen. Für die Herstellungskosten muss die Landesregierung Sachsen aufkommen.

*

Aus exterritorial

sp. Trotz der betonten Übertragung der Verwaltungsfunktionen der SMA auf die Pieck-Regierung hat sich die sowjetische Kontrollbehörde das Recht vorbehalten, Passierscheine in das Uranerzbergbaugebiet nur durch ihre Behörden zu erteilen.

*

Das Spalter-Lied

sp. Auf einer Kreislehrerkonferenz in Torgau sang ein Schülerchor das Lied "Ich hab' mich ergeben". Schulrat Wannisson aus Halle sagte dazu, der Chor lebe auf dem Monde. Das Lied sei "die Nationalhymne der Bonner Spalter-Regierung". Mit diesem Lied habe sich der Chor zum Westen und zu einem neuen Krieg bekannt.
